

OV 27.01.12 S9

„Das ist ein einmaliger und alarmierender Vorgang“

Kreislandwirt Meyer ist empört über die EU-Kommission – wegen Ungerechtigkeiten bei der Legehennen-Haltung

VON KLAUS-PETER LAMMERT

Kreis Vechta. Der Vechtaer Kreislandwirt Norbert Meyer hat das Vertrauen in die EU-Kommission verloren. Weil sie beim Verbot der Batteriehaltung von Legehennen in 13 EU-Staaten nicht durchgegriffen hat.

Die EU-Richtlinie zur Haltung von Legehennen in Batterie-Käfigen setzen dreizehn EU-Mitgliedsstaaten nicht um. Deutschland dagegen hat das als erster Staat getan. Fühlen sich die deutschen Landwirte verschaukelt?

Zu den Ländern, die die EU-Richtlinie nicht pünktlich zum 1. Januar 2012 umgesetzt haben, zählen auch die großen Eierproduzenten-Länder wie Frank-

reich, Polen, Belgien, Spanien und Italien. Offiziell ist von 46,7 Millionen Tieren die Rede, aber inoffiziell wird auch von 100 Millionen Legehennen gesprochen, die noch in herkömmlichen Käfigen sind. Ende 2009 haben die deutschen Hennenhalter die Umstellung auf die Bodenhaltung oder die Kleingruppe Zähnknirschen und mit hohen Investitionen durchgeführt. Wir haben niemals erwartet, dass die EU ihre eigenen Richtlinien nicht durchsetzen würde. Im Agrarbereich ist das ein einmaliger und alarmierender Vorgang. Worauf können wir uns jetzt bei der Umstellung der Sauen auf die Gruppenhaltung Ende 2012 verlassen?

Wie will die Landwirtschaft, vor-

allem auch die im Oldenburger Münsterland, dafür sorgen, dass EU-Bestimmungen zukünftig in allen Mitgliedsländern eingehalten werden?

Aus Hannover oder Berlin haben wir Ankündigungen gehört, die ebenfalls die Einfuhr solcher Eier verhindern sollen, aber kon-



In Sorge, wenn er nach Brüssel blickt: Kreislandwirt Meyer.

kret läuft der Import noch ungehindert weiter und bringt unseren Erzeugern massive Nachteile.

Bei den hohen Futterpreisen können viele nicht einmal die Junghennen und das Futter vom Eiererlös bezahlen. Wir im OM-Gebiet müssen die Kommunikation mit unseren Abnehmern deutlich verbessern, damit diese ganz eindeutig die in Deutschland vorschriftsmäßig erzeugten Eier bevorzugen. Der Gesundheits- und Verbraucherschutzkommissar der EU, Herr John Dalli, muss das EU-Recht umsetzen. Oder er muss selber vor dem europäischen Gerichtshof verklagt werden.

Wie sollte die deutsche Politik reagieren, wenn es auch zukünftig Ausreißer in der EU gibt?

Die deutsche Politik muss in der EU auch die Interessen der deutschen Verbraucher und der

eigenen Produzenten unterstützen. Dieses haben wir auch in der Vergangenheit zum Beispiel bei der Seuchenbekämpfung immer wieder vermisst.

Welche Konsequenzen fordern Sie ein für die Staaten, die sich nicht an die Vorgaben aus Brüssel halten?

Die säumigen Staaten müssen einen kurzfristigen konkreten Zeitplan für die gesetzkonforme Umsetzung der Handlungsrichtlinien vorlegen. Vom Export in andere EU-Staaten müssen die illegal erzeugten Eier auch für die Verarbeitung zu Eiprodukten ausgeschlossen werden. Strafzahlungen, die nachher über den ESM-Rettungsschirm wieder refinanziert werden, würden nur für Gelächter sorgen.